Abg. Outhwaite sagte: Der Punkt der Anfrage bezog sich nicht auf dieses Abkommen, sondern auf die Pressemeldung, daß Poincaré die Anregung Kaiser Karls durch die Forderung auf eine weitere Ausdehnung des Gebiets beantwortet habe.

Balfour erwiderte: Diese Besprechungen sind nicht durch irgendeine solche Forderung, wie erwähnt, unterbrochen worden. Vielleicht werden wir niemals erfahren, welche Beweggründe es waren, die Graf Czernin, Kaiser Karl und den deutschen Kaiser antrieben. Ich bin geneigt, anzunehmen, es sei

ein Teil der Friedensoffensive

gewesen, durch die eine Partei Friedensvorschläge beabsichtigt, die den Frieden nicht wünscht, sondern den Gegner zu trennen wünscht. Die Anregung ging, wie Clemenceau auseinandergesetzt hat, dahin, daß der ganze Krieg geführt wird zu dem Zwecke, daß Frankreich Elsaß-Lothringen, Italien aber nichts erhalten soll. Da wir es mit einem in seinen Methoden so zynischen Volke, wie die Mittelmächte, zu tun hatten, war eine Art von Gegenangriff notwendig, und der Gegenangriff Clemenceaus scheint durchaus wirksam gewesen zu sein in dem Sinne, daß er in der klarsten Weise die Beweggründe offenlegte, von denen die Diplomatie Mitteleuropas beseelt war.

Ich glaube, die Anstrengungen der Mittelmächte sind niemals im Interesse des Friedens gemacht worden, sondern immer zu dem Ziele, die Verbündeten zu trennen. Mehr jetzt, noch zu irgendeiner anderen Zeit ist irgendein Zeugnis vorhanden gewesen dafür, daß die deutschen Regierungskreise die Möglichkeit von einem Frieden hatten, den wir für billig halten könnten, einem Frieden, der die Freiheit der Welt und der diejenigen, die der Gefahr der deutschen Herrschaft ausgesetzt waren, sichern würde. Die Frage ist von der Kommission der französischen Kammer untersucht worden und ohne Zweifel mit einer genaueren Kenntnis der Tatsachen, als ich dem Hause mitteilen kann. Der Schluß, zu dem sie kam, war der, daß Kaiser Karls Brief keine billige und befriedigende Grundlage für einen ehrenvollen Frieden darbot.

•

In der weiteren Aussprache erklärte Asquith: Es freue ihn, daß England vor Wilson keine Geheimnisse habe. Mit noch größerer Genugtuung begrüße er die Erklärung Balfours, daß die französische Regierung niemals die Wiederherstellung der Grenze Elsaß-Lothringens wie im Jahre 1814 verlangt habe.

Lord Robert Cecil erklärte: Es ist nie unsere Absicht gewesen, deutsche Friedensanerbietungen abzulehnen, oder von vornherein nicht anzuhören. Snowdens Angriff, der von den selbstsüchtigen und unbilligen Forderungen Italiens im Zusammenhang mit der Ablehnung gewisser Friedensanerbietungen sprach, muß ich mit aller Energie zurückweisen. Snowdens Angriff auf unseren Bundesgenossen war unbegründet und unverdient, was besonders unter den augenblicklichen Umständen nicht zu verteidigen ist. Wir, die Regierung, weichen von Snowdens Ansichten vollständig ab. Wir glauben, daß Italien ebenso saubere und hochstehende Kriegsziele verfolgt wie jede Ententemacht. Ueber den Völkerbund sagte Cecil, die Entente unterstütze einen Bund der Nationen. Aber bezüglich der territorialen Frage müsse er daran erinnern, daß solche Fragen die eigentliche Ursache aller Weltkriege bildeten. Er sei von dem Gedanken des Völkerbundes überzeugt, aber ebenso auch davon, daß ein solcher Völkerbund keine Aussicht auf Beständigkeit und Erfolg haben könne, wenn er sich nicht auf Erfüllung der territorialen gerechten Forderungen (!) begründe.

•

Das Wort eines Vernünftigen.

Haag, 17. Mai. Laut Daily Mail zufolge bringt Manchest. Guardian einen Brief von Lord Courtney. Der Brief besagt, daß Lord Courtney bei der Friedensdebatte im Oberhause gesagt haben würde, wenn er hätte zugegen sein können: Seiner Ansicht nach kann keine der kriegführenden Parteien besiegt werden. Berlin ist für England unerreichbar. Weder ein Versagen Deutschlands, noch die anwachsende Hilfe Amerikas können zur Folge haben, daß die Deutschen an den Rhein zurückgeworfen würden. Courtney wünscht, daß, wenn sich wieder eine Gelegenheit ergebe, England zeige, daß es jedenfalls zu einem direkten Frieden durch Versöhnung bereit sei. Die Behauptung, daß Deutschland im Augenblick nicht für einen solchen Frieden sei, lehne er mit dem Hinblick auf England ab, das jetzt auch nichts vom Frieden hören wolle. Courtney schreibt: Es ist Zeit für die gewissenhaften Männer unseres Landes, aufzustehen und uns aus den Feldschlachten und dem Krieg, der nicht sterben will, nach dem Herzen der Menschen, nach der Zukunft zu führen.

Der kürzlich verstorbene Lord Courtney gehörte zu der kleinen Gruppe überzeugter englischer Friedensfreunde, die bisher leider noch keinen Einfluß auf die Regierung gehabt hat.

Das bedrohte französische Kohlenrevier.

Berlin, 17. Mai. Das schwere deutsche Fernfeuer auf das Grubenrevier von Béthune dauert an. Am 16. Mai wurden vor allem die Schächte bei Annezin und Noeux und das Stahlwerk von Jèbergues unter schweres Flachfeuer genommen. Die fortgesetzte Beschießung des Kohlenreviers von Béthune bringt die Kohlenversorgung Frankreichs in schwere Gefahr. Im Jahre 1912 förderte das Departement Pas de Calais rund 21 Millionen Tonnen Kohlen. Davon hatten die deutschen Truppen schon vor dem 21. März rund 9,4 Millionen Tonnen Kohle belegt. Die restlichen 11,6 Millionen Tonnen sind größtenteils gefährdet. In den Gruben von Béthune (2,3 Millionen Tonnen), Noeux (2,03 Millionen Tonnen), Bruay (2,74 Millionen Tonnen) und Lievin (2,8 Millionen Tonnen) muß die Förderung stocken oder gänzlich aufgehört haben. Rechnet man die in deutschem Besitze befindlichen Gruben des Departements du Nord hinzu, das 1912 6,8 Millionen Tonnen förderte, so dürfte von der gesamten französischen Friedensförderung von 40,6 Millionen Tonnen mindestens 25 Millionen Tonnen der französischen Volkswirtschaft entzogen sein. Dadurch wird Frankreich abhängig von der englischen Kohlenzufuhr, die ihrerseits wieder unter der Wirkung des U-Bootskrieges steht.

•

Beschießung Ostendes.

Berlin, 17. Mai. Der englische Admiralstab straft seine eigenen Mitteilungen von der Blockierung Ostendes Lügen, indem er am Vor- und Nachmittag des 16. Mai gegen den angeblich blockierten und damit bedeutungslosen Hafen Monikore vorschickte. Die Wirkung der Beschießung unterschied sich in nichts von den früheren. Die durch Beton und Panzer gesicherten Marineanlagen blieben unzerstört. Nur unter den Einwohnern forderte die Beschießung sehr erhebliche Opfer.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 18. Mai 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den Kampffronten nahm die tagsüber schwache Artillerietätigkeit vor Einbruch der Dunkelheit erheblich zu. Starkes Störungsfeuer hielt die Nacht hindurch an. Rege Erkundungstätigkeit führte namentlich in der Gegend von Lassigny zu heftigen Nahkämpfen. Mehrfach wurden Gefangene eingebracht.

Gestern wurden 16 feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Ukrainischer Handels- und Industrietag.

Kiew, 16. Mai. Der ukrainische Handels- und Industrietag ist gestern eröffnet worden. Anwesend waren an 1000 Delegierte sämtlicher wirtschaftlicher Verbände, auch des Bauernbundes und der Großgrundbesitzervereinigung. Nach kurzer Begrüßung durch den Ministerpräsidenten Isjogub hielt Handelsminister Gutnin eine große Programmrede, die auch an den Stellen in dem er von einer notwendigen Einschränkung des freien Handels durch die Staatskontrolle sprach, mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Kongreßteilnehmer berichteten, daß im Donschen Revier noch große Arbeiterschwierigkeiten herrschen. Der Geist der Arbeitervertreter sei dort vielfach noch unversöhnlich. Ein aus Baku nach 28tägiger Reise hier eingetroffener Reisender meldet von dort, wie aus Astrachan und Zewitzin, Hungersnot. Die Industrieanlagen in Baku seien unversehrt. Dagegen sei Grosny völlig ausgebrannt.

•

Baku von den Bolschewiki erobert.

Konstantinopel, 16. Mai. Nach den letzten Nachrichten haben die Bolschewiki in der Gegend von Baku aus Turkestan und Astrachan Verstärkungen erhalten, die auf russischen Kanonenbooten über das Kaspische Meer gekommen waren. Nach dem Eintreffen dieser Verstärkungen gingen die Bolschewikibanden zum Angriff über, in dessen Verlaufe die Muselmanen, trotz heldenmütigen Widerstandes wegen Mangel an Verteidigungsmitteln die Stadt Baku verloren. Sie konnte nicht gehalten werden, obwohl Muselmanen aus Daghestan und Georgien zu Hilfe geeilt waren, weil den Verteidigern die Patronen ausgegangen waren und es ihnen überdies an Verteidigungsmitteln fehlte. Die Bolschewiki setzten den Angriff in heftiger Weise fort.

Die Fortsetzung der Geschichte, bemerkt der Vorwärts zu dieser Meldung, wagen wir schon heute zu prophezeien. In wenigen Tagen werden Meldungen über Grausamkeiten der Bolschewiki gegen die muselmanische Bevölkerung einlaufen. Diese Meldungen über Grausamkeiten werden sich alsdann zu Hilferufen verdichten, wahrscheinlich ausgehend von der „Kaukasischen Republik", über deren Existenz schon einige Meldungen vorliegen und deren Anhänger wir in den von den Bolschewiki aufs Haupt geschlagenen Muselmanen vermuten. Ueber die Wirkung solcher Hilferufe auf den in Brest-Litowsk geschlossenen Frieden liegen bereits Erfahrungen vor, so daß der Leser sich das weitere selber sagen kann. Baku ist das Zentrum der hochwichtigen russischen Erdölerzeugung.

• •

Mannerheims Einzug in Helsingfors.

Das Berliner Tageblatt meldet aus Stockholm: General Mannerheim ist gestern an der Spitze der finnischen Truppen in Helsingfors eingezogen. Mannerheim begab sich in den Senat und sprach in einer Begrüßungsrede den Wunsch der finnischen Armee aus, Finnland möge in eine Monarchie umgewandelt werden.

Der finnische Landtag trat zum erstenmal nach der Revolution am Mittwoch zusammen. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einer Rede, die er mit einem Ueberblick über den Freiheitskampf einleitete. Er verurteilte scharf die Taten der Roten Garde und gedachte der Gefallenen. Darauf nahm der Ministerpräsident Svin Hinfud das Wort und betonte, daß der Ursprung des Aufruhrs in Rußland zu suchen sei. Er schilderte dann die Aufstellung des Heeres, Mannerheims Leistungen und erwähnte, wie die Deutschen beim Kampfe mitgewirkt hätten. Finnlands Verhältnis zu den Ententemächten finde seinen Ausdruck in der Selbständigkeit des Landes. Das Abkommen mit Deutschland solle dem Landtag vorgelegt werden. Die Verbindung mit Rußland sei abgebrochen, da die Bolschewiki die Rote Regierung anerkannt hätten.

Frankreich und die deutsch-schweizerischen Verhandlungen.

Bern, 16. Mai. Am Donnerstag nachmittag fand unter dem Vorsitze des Bundespräsidenten, Calonder, eine Besprechung zwischen einer Abordnung des Bundesrats und Vertretern der Presse zwecks Aufklärung der Presse über die deutsch-schweizerischen Verhandlungen über das neue Wirtschaftsabkommen und über die infolge der Nichtunterzeichnung des Abkommens geschaffene Lage statt. Der Bundespräsident Calonder betonte am Schlusse der Besprechung, daß die der Schweiz von beiden kriegführenden Parteien bisher bewiesene freundschaftliche Gesinnung die Hoffnung berechtigt erscheinen lasse, auch diesmal eine Lösung zu finden, welche die Selbständigkeit der Schweiz nicht verletze.

Mit ungewöhnlicher Schärfe fällt der Bund sein Urteil über diejenigen, die das Zustandekommen des schweizerischen Abkommens vereitelt haben. Er verzeichnet in seiner Betrachtung ausdrücklich, daß die erwähnte Kontrollklausel von schweizerischer Seite vorgeschlagen ist. Das zeige zugleich die schweizerische Auffassung. Um die Schweiz von jeder deutschen Kohlenkontrolle zu befreien, genügt, daß Frankreich einen bestimmten Teil des von ihm in Aussicht gestellten Quantums effektiv liefert. In letzter Stunde, nachdem der Vertrag bereits bereinigt war, teilte die französische Gesandtschaft mit, daß ihre Offerte anders gemeint war, als nach der auch im Vertrag angedeuteten schweizerischen Auffassung. „Daraus ergibt sich," schreibt der Bund, „daß Frankreich störend eingegriffen hat in eine Neuregelung unserer Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland, eine Neuregelung, die nach dem Urteil des Bundesrates für die Schweiz annehmbar war, und zwar unter Androhung von Maßregeln, deren Ernst und Tragweite wir zur Zeit nicht beurteilen können. Man versichert, daß der Bundesrat in seiner grundsätzlichen Zustimmung zu dem Vertrag, wie er bereits paraphiert war, einstimmig war. Einstimmig muß auch das Volk hinter ihm stehen in den folgenschweren Entschlüssen, die uns die endgültige Entscheidung bringen werden. Die politische Richtlinie ist nicht zweifelhaft. Sie bleibt nach wie vor die unverrückbare Neutralität und unsere Hoffnung ist, trotz allen Schwierigkeiten der Stunde die, daß es kein Kriegführender im Ernst unternehmen werde, unserer Neutralität die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen."

•

Der bolschewistische Friede und die Zukunft Europas.

Von Parvus.

I.

Im Verlag für Sozialwissenschaft ist soeben eine siebenundsechzig Seiten starke Schrift von Parvus erschienen: Im Kampf um die Wahrheit. In dieser Schrift setzt Parvus sich temperamentvoll und schlagend mit jener Schar von — vornehmlich russischen — Verleumdern auseinander, die ihn seiner Stellungnahme zum und im Weltkrieg wegen mit den schwersten und ehrenrührigsten Vorwürfen überschüttet haben. Wir geben aus der Broschüre, die ohne Zweifel im In- und Auslande starkes Aufsehen erregen wird, hier die letzten Absätze des Nachworts wieder, in dem Parvus über die persönliche Auseinandersetzung hinaus zu bedeutsamen Schlußfolgerungen allgemein-politischer Natur gelangt:

Die Basis, auf der die Friedensverhandlungen geführt wurden, war eine demokratische. Deutschland verzichtete auf alle Kontributionen und Annexionen, es erkannte die Selbständigkeit der von ihm okkupierten Gebiete an. Eine Meinungsverschiedenheit ergab sich erst in der Frage, wann die Evakuierung der okkupierten Gebiete stattfinden soll, sowie in der Frage der Grenzen des Rechts der einzelnen Nationalitäten auf Selbstbestimmung. Die deutsche Delegation wollte nicht gestatten, daß die von Rußland abgetrennten Gebiete sich, wenn auch freiwillig, an dasselbe wieder anschlössen; sie glaubte, daß die auf diese Weise erreichte Erweiterung der Staatsmacht Rußlands für die staatlichen und nationalen Interessen des deutschen Volkes eine Gefahr gewesen wäre, und erblickte darin eine Grenze für die Selbstbestimmung der Nationalitäten in den okkupierten Gebieten. Die russische Meinung ging jedoch dahin, daß die Selbstbestimmung der einzelnen Nationalitäten überhaupt keine Grenzen habe. Die deutsche Sozialdemokratie teilte diese Ansicht nicht, sofern aber die Rede davon war, den einzelnen Gebieten möglichst größere Selbständigkeit und demokratische Formen der Staatsverfassung zu gewähren, unterstützte sie den russischen Standpunkt. Die deutsche Regierung ist bekanntlich bei weitem keine sozialistische; die deutsche Sozialdemokratie macht die Regierungspolitik nicht, sie kann auf dieselbe nur durch Druck von außen einen Einfluß ausüben; die Bolschewiki jedoch hatten zwar in Rußland die Staatsgewalt in ihren Händen, besaßen aber keine Armee, welche sie der deutschen hätten gegenüberstellen können, — folglich war ein Resultat in Fragen, die unverzügliche Lösung erheischten, nur durch ein Kompromiß zu erzielen. Ein Kompromiß war durchaus möglich. Man darf nicht vergessen, daß Deutschland wirtschaftlich und politisch ein starkes Interesse daran hat, zu Rußland freundschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten. Für die deutsche Delegation war nicht ein annexionistischer, sondern ein strategischer Standpunkt maßgebend: sie wollte Ostpreußen von der Möglichkeit eines russischen Einfalls dadurch bewahren, daß sie zwischen ihm und Rußland Pufferstaaten schuf. Die russische Delegation brachte Staatsinteressen überhaupt nicht vor; sie behauptete vielmehr, daß sie nicht die Interessen Rußlands, sondern die Interessen der Nationalitäten in den okkupierten Gebieten schütze. Rußland könnte folglich aus eigener Initiative auf eine Vereinigung mit diesen Gebieten verzichten und für sie ausreichende Garantien ihrer demokratischen Entwicklung ausbedingen. Ich will nicht behaupten, daß die Frage gerade so gelöst worden wäre, es hätten auch andere günstigere Kombinationen vereinbart werden können, — aber für die Bolschewiki existierten andere Kampfmethoden als die revolutionäre überhaupt nicht, ebensowenig eine andere Lösung der Frage als nach der Devise: Alles, oder nichts!

Sobald man sich aber in Deutschland überzeugt hatte, daß ein Verständigungsfriede mit den Bolschewiki unmöglich sei, war dadurch der Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie diskreditiert. Die Annexionisten und die Militärpartei bekamen die Oberhand, und Rußland wurde der Friede diktiert.

Somit haben die Bolschewiki diesmal den deutschen Imperialisten Wind in die Segel gegeben, wie sie es früher den englischen Imperialisten gegenüber getan haben.

Man hat Deutschland gezwungen, zu siegen. Im Verlaufe der vier Kriegsjahre konnte man mehr als einmal Frieden schließen, aber diese Möglichkeit zerschellte immer am unerschütterlichen Wunsch der Ententemächte, Deutschland in Stücke zu zerreißen, Deutschland zu bezwingen, zu erniedrigen, zu einem Nichts zu machen . . .

Jedenfalls war ein Friede mit den Zentralmächten unter Wiederherstellung des status quo schon nach den ersten Kriegsmonaten, nach dem Rückzug von der Marne möglich. Die Ententemächte wollten aber unbedingt die deutsche Armee in Grund und Boden schlagen. Zugegeben, daß die Erregung damals noch sehr groß war und die Kriegsillusion der Entente noch zu hoch ging, — wenn auch der Krieg schon damals hinreichend gezeigt hatte, mit welchen Opfern er verknüpft ist —, aber als dann die russischen Heere über die Weichsel geworfen wurden und die militärische Lage sich stark zugunsten Deutschlands veränderte, war der Friede trotzdem auf der Basis einer Wiederherstellung des status quo möglich. Die Ententemächte wollten aber an einen Frieden nicht denken, sie rüsteten immer mehr und mehr, sie zogen immer neue Länder in den Krieg hinein und erfanden immer neue Mittel, um die Zentralstaaten zu zertrümmern. Da sie nicht imstande waren, die deutsche Front zu durchbrechen, verfielen sie auf das teuflische Mittel, Deutschland dadurch zu zwingen, daß sie ihm die Zufuhr von Lebensmitteln abschnitten. Als würdige Nachkommen der Lords, die die Bauern von ihrem angestammten Boden vertrieben, um Schafweiden Platz zu machen, die Millionen von Irländern durch Hunger aus ihrer Heimat verdrängten, die Arbeitslosen mit Hunden hetzten, haben die englischen Imperialisten ihre Bundesgenossen und — unter der Gefahr ihres eigenen Untergangs — die Vasallen Englands am Lebensmittelbankott der Mittelmächte teilnehmen gezwungen, in der Hoffnung, daß die Leiden der Frauen und Kinder die deutsche Nation zwingen würde, auf ihre Selbständigkeit zu verzichten. Aber je mühsamer und schrecklicher die Riesenkräfte waren, die gegen Deutschland vorgeschoben wurden, desto mehr stieg die Gegenwirkung des deutschen Volkes, die die militärische Lage immer mehr zu seinen Gunsten änderte. Trotzdem hat Deutschland zuerst den Frieden angeboten und war längere Zeit bereit, denselben auf der Basis einer Wiederherstellung des status quo ante bellum zu schließen. Was war die Folge? Die Versuche Deutschlands, in Friedensverhandlungen einzutreten, wurden als Zeichen der Schwäche betrachtet, man hohnte Deutschland, man zählte die Tage, wo die Bratorian es zwingen würde, sich zu ergeben. Man schob gegen Deutschland immer neue Massen vor. Man überschüttete es mit Eisen und Feuer und zwang es, immer wieder und wieder in den Kampf zu gehen. England, der Beherrscher der Welt, hat die ganze Welt gegen Deutschland mobil gemacht, und Deutschland gezwungen, die ganze Welt zu besiegen.

Der Sieg Deutschlands und seiner Bundesgenossen kann nicht mehr hinterlistig werden. Die Agonie der Ententemächte kann noch fürchterliche Opfer von beiden Seiten fordern, aber die Fortsetzung des Krieges kann das Resultat desselben nur noch zugunsten Deutschlands ändern. Ob das gut ist oder schlecht, wie man sich demgegenüber

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180518/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG